

Gesellschaftliche Umbrüche, DIE LINKE und Zukunftsfragen der Linken in Deutschland

Der Abend des 7. Juni 2009 hat für die deutsche LINKE die Welt nachhaltig verändert. Seit ihrem ersten, noch im Entstehen gelungenen Auftrumpfen bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 war sie gleichsam bewundert wie gefürchtet, dämonisiert wie überschätzt worden. Nun aber fand sie sich wieder in Gesellschaft einer schockierend abgestraften SPD, wenn auch noch mit einem blauen Auge davon gekommen, und mit einem Wahlziel auf dem trotzig hoch gehaltenen Banner, das vorerst nur noch Befremden und Kopfschütteln auslöste – zehn Prozent plus X.

Denn tatsächlich hatte sich die LINKE mit ihren 7,5 Prozent Wählerstimmen nur ächzend um gerade gut ein Prozent über das Wahlergebnis der alten PDS von 2004 erhoben – und zugleich den Erfolg von 2005 um etwa die gleiche Differenz verfehlt. In keinem westdeutschen Flächenland – mit Ausnahme des Saarlandes – war die LINKE noch über fünf Prozent gekommen. Und in fast allen ostdeutschen Ländern hatte sie Prozente und zumeist auch Stimmen absolut verloren.

Dies war ein schlechtes Omen für die nahen nächsten Wahlen in Bund und Ländern im Herbst 2009 – und es mahnte zum Handeln. Für zwei Wochen – zwischen dem Wahlabend und dem Bundeswahlparteitag – bestand ein offenes Fenster für Debatte, Selbstverständigung und mögliche Korrektur oder auch nur Feinjustierung des bisherigen Kurses. Der Bundeswahlparteitag folgte nicht den Befürchtungen, sondern eher den Hoffnungen, die die Partei und ihre Akteure in ihn gesetzt hatten. Die Aufspaltung in einander bekämpfende Strömungen wurde gestoppt, nach innen wie außen ein Zeichen des Innehaltens gesetzt.

Der Parteitag jedoch konnte nicht der Ort umfassender Analyse sein. Zugleich wurde strittige Fragen ausgeklammert oder aufgeschoben – an die Programm-Debatte verwiesen, wie es in solchen Situationen heißt. Das hat weniger mit den anstehenden Wahlkämpfen, sondern vor allem damit zu tun, dass viele dieser Fragen noch gar nicht zur Entscheidung reif sind. Warum sind sie nicht zur Entscheidung reif? Weil in der LINKEN wie in der Linken insgesamt noch zu wenig Klarheit über den Kern dieser Fragen, über ihre Herkunft, über ihre gesellschaftlichen Kontexte, über die Rationalität anderer Sichten auf diese Dinge besteht.

Ulrich Maurer hat gerade jetzt, im Sommerheft 2009 des Fraktionsmagazins „clara.“, die LINKE vor der Wiederholung eigener Fehler gewarnt und gefordert: „Wir müssen das Sektierertum jeglicher Couleur überwinden.“

Dieser Text richtet sich vor allem an Linke, die in ihren Parteien als „gemäßigt“, als „Reformer“ gelten. Woher kommt die Schwächung unserer Positionen? Woher die Unversöhnlichkeit mancher Auseinandersetzungen, woher die Melange von Ohnmacht und Wut gerade auf der Linken? Antworten wir auf die richtigen Fragen? Waren wir in den politisch wichtigen Momenten der letzten Jahre auf der Höhe der Anforderungen? Verharren nicht auch wir zu sehr in alten Gewissheiten und Abgrenzungen? Sind wir uns der Größe der gesellschaftlichen Herausforderung bewusst? Sind wir auf dem Weg zu den richtigen Themen, den richtigen Denkansätzen, den richtigen kommunikativen Brücken, tatsächlichen politischen Lösungen?

Es sind Fragen, denen wir im Wahlkampf wie ab Herbst in den programmatischen Debatten begegnen werden.

I.

So wenig tröstlich es war, dass die LINKE sich am Abend der EU-Wahl einem europäischen Trend ausgesetzt sah (und diesem sogar noch gut widerstanden hatte), so wichtig ist es, diesen Trend zu analysieren. Er zeigt: Die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Formationen der europäischen Linken, die Sozialdemokraten, Sozialisten und auch Linkspopulisten also, verlieren dramatisch. Die sich auf neu-bürgerliche Schichten der Nach-68er-Welt und auf die Vertreter der New Economy, der Kreativwirtschaft, auf Trägerschichten der entstehenden Wissensgesellschaft stützende libertäre und ökologische Linke – also die Grünen – hingegen gewinnen. In Deutschland kommen Sozialdemokraten und LINKE zusammen auf nicht einmal mehr 30 Prozent, in Italien ist die postkommunistische Linke fast völlig atomisiert, in Frankreich ziehen die Grünen mit den Sozialisten gleich, in Großbritannien ist Labour in einem Maße zerrüttet, wie man es sich nicht einmal in der tiefen Krise von Tony Blair vorstellen konnte.

Sozialdemokraten, Sozialisten und Linkspopulisten scheiterten einerseits aus der Regierungsverantwortung hinaus – unabhängig davon, was sie in den Jahren zuvor an Reformarbeit auf nationaler Ebene geleistet hatten, welche Rolle sie aktuell bei der nationalen Krisenbewältigung spielten und wie all das in der jeweiligen Öffentlichkeit bewertet wurde. Sie scheiterten aber auch aus der Opposition heraus, obwohl sie die Reformarbeit der Sozialdemokraten abgelehnt und bekämpft hatten und lange Zeit mit ihrer moralisch und ideologisch aufgelaufenen Kritik selbstsicher und offensiv den Takt in vielen Ländern geschlagen hatten.

Doch die Realitäten der im September 2008 ausgebrochenen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten, wie unproduktiv diese Konfliktlinie war. Die Wählerinnen und Wähler im Mitte-Links-Spektrum sollten sich zur Europa-Wahl zwischen Parteien entscheiden, deren Bezugsrahmen vor allem der Nationalstaat war – und das vor dem Hintergrund einer globalen Krise und einer grundsätzlich aufgeschlossenen, erwartungsvollen Haltung zur EU.

Die Wählerinnen und Wähler aber hatten sehr wohl verstanden, dass der Nationalstaat für sich genommen keinen hinreichenden Gestaltungsrahmen für die Herausforderungen einer globalisierten Welt mehr bietet. Er taugt noch zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen – er hätte aber transformiert werden müssen zu einem Übergangsinstrument zur ökonomischen, vor allem aber auch sozialen und kulturellen Gestaltung dieser neuen Welt der Globalisierung. Das allerdings haben die sozialdemokratisch geführten Regierungen in Europa verpasst, als sie um die Jahrtausendwende die reale Chance dazu hatten. Sozialdemokraten, Sozialisten und Linkspopulisten verharrten in der Fixierung auf das, was für die aus der Arbeiterbewegung kommende Linke traditionell das zentrale Steuerungsinstrument ist: der Nationalstaat.

II.

Die Überwindung dieser Fixierung auf den Nationalstaat hätte aber das zweite strukturelle Problem der aus der Arbeiterbewegung kommenden Linken nur noch deutlicher gemacht. Denn an den veränderten Bedingungen der globalisierten Welt scheiterte auch die Grundidee, die die Arbeiterbewegung stets getragen hatte: die Idee vom unmittelbaren Zusammenhang zwischen ökonomischem und technologischem Fortschritt auf der einen und sozialem Aufstieg auf der anderen Seite. Unter den Bedingungen der Globalisierung fällt beides derzeit räumlich auseinander. Das produziert einen neuen sozialen Typus: den des „Globalisierungsverlierers“.

Deswegen greift für alle jetzt notwendigen Analysen das Bild vom „Modernisierungsverlierer“ nicht mehr: Der Modernisierungsverlierer opponiert gegen einen Fortschrittsprozess *in seiner Lebensnähe*, von dem er sich ausgeschlossen sieht, an dem er aber teilhaben möchte oder von dessen Früchten er zumindest besser alimentiert werden möchte – auch wenn sich das

in einer mitunter radikal rückwärts gewandten, romantisierenden Gedankenwelt und entsprechenden Wertevorstellungen ausdrückt.

Der Globalisierungsverlierer sieht sich einerseits einem dynamischen Veränderungsprozess ausgeliefert, *der den Fortschritt räumlich (in einem weitesten Sinne) von ihm weg führt* – und das auch noch zu Bedingungen, angesichts derer Mobilität keine Antwort ist. Das Beispiel Nokia verdeutlicht(e), worin diese neue Dimension besteht. Ein Bochumer Nokianer hätte zwar theoretisch durchaus seinem Arbeitsplatz nach Rumänien folgen können – er wäre dann aber nicht in der Lage gewesen, mit dem dort erzielten Lohn seine Familie in Bochum zu ernähren. So bleibt ihm, wenn nicht ein lebensgeschichtlicher Glücksfall eintritt, als Perspektive der soziale Abstieg auf das unterste Niveau. Der Globalisierungsverlierer entbehrt sogar eine handlungsfähige soziale Interessenvertretung, denn Gewerkschaften haben oftmals dort, wo neue Jobs entstehen, nichts zu sagen oder sind zu Tarifabschlüssen gezwungen, die keine Existenz sichernden Löhne gewährleisten. Und dort, wo sie stark sind, verteidigen sie in erster Linie die Interessen der (schrumpfenden) Stammebelegschaften.

III.

Die ostdeutsche Revolution von 1989/90 war so gesehen eine gesellschaftliche und individuelle Kurskorrektur, die aus der Sackgasse des Realsozialismus heraus Anschluss an die Modernisierungsprozesse im Westen suchte. Sie überwandt die räumliche Verengung der DDR und erweiterte den Aktionsradius der Ostdeutschen – durch den staatlichen Beitritt zur Bundesrepublik bis hin zur jetzt zwei Jahrzehnte anhaltende individuellen Abwanderung. Zugleich breitete sich im Osten ein bestimmender politischer Impuls, eine Forderung an den neuen, größeren Nationalstaat aus: Wir wollen den Fortschritt auch bei uns haben – und wir wollen vom Fortschritt auch bei uns etwas abbekommen.

Dies war der Hintergrund für die über lange Zeit im ostdeutschen Durchschnitt bestehende gesellschaftliche Mehrheit aus Anhängern der SPD und der PDS – aus der allerdings nur in Ausnahmen eine politische Mehrheit wurde. Deren Strahlkraft freilich blieb beschränkt, weil sie nie als Chance zur Gestaltung beherzt genutzt, sondern in der Not als letzte Option der SPD zum Machterhalt eingeführt und gehandhabt wurde. Seitens der PDS sah es nicht besser aus: Im Kern wurden die Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern ab 1998 und in Berlin ab 2001 als parteitaktische Instrumente verstanden. Man verstand sie vorrangig als ein Symbol für die wachsende Akzeptanz der „Ex-SED“ in der Gesellschaft und bei den politischen Eliten – im Osten und mit der Bildung des rot-roten Senats in der ehemals geteilten Hauptstadt eben auch in einem wichtigen Teil der Teil-Gesellschaft West.

Das machte die Grenzen des sogenannten „Reformerflügels“ deutlich – und stand zugleich am Beginn seiner faktischen Spaltung und Auflösung. Jene „Reformer“, die seit 1989/90 mehrheitlich *die Partei* reformieren und ihr einen stabilen Platz in der Gesellschaft zurück erobern wollten, waren mit diesen Regierungsbeteiligungen am Ziel und damit eigentlich auch am Ende ihres politischen Strebens. Jene, die „Reformer“ als pragmatische Gesellschaftsgestalter sein wollten, waren einerseits stets eine – weithin unverstandene – Minderheit, andererseits selbst konzeptionell auch zu wenig gerüstet, um aus den Regierungsbeteiligungen Prototypen einer neuen, modernen Reformpolitik in Deutschland machen zu können.

Sehr bald schon – zeitlich etwa ab dem Rückzug von Gregor Gysi aus dem Berliner Senat im Frühsommer 2002 – ging der parteiorientierte Teil des Reformer-Flügels zunehmend auf Distanz zu den Pragmatikern, weil die Mühen des Regierens im äußerst strukturschwachen Mecklenburg-Vorpommern und im schuldengebeutelten Berlin nicht jene schnellen Erfolge zuließen, die man sich zugunsten der Attraktivität der Partei erhofft hatte. Genau jene Spaltung war die Wurzel des strategischen Konflikts innerhalb der PDS mit Blick auf die Haltung zur Schröder-Regierung und auf die Wahlstrategie 2002 – jenes offenen Konflikts, der die

Partei letztlich Politik und Wahlwerbung gegen zwei Drittel ihres eigenen Anhangs betreiben und dann bei den Bundestagswahlen auch scheitern ließ.

Die PDS hatte sich seither von diesem Konflikt weder erholt noch hatte sie ihn gelöst. Sie hatte ihn lediglich übertüncht mit dem Sonderparteitag von 2003, der an die Stelle des Bündnisses eines Teils der „Parteireformer“ mit Linksradiкаlen und Spätkommunisten in den eigenen Reihen ein Zweckbündnis des eigentlich zerfallenen Reformerlagers zur Rettung der Partei setzte. Die Lösung der strategischen Konflikte und die Bearbeitung der konzeptionellen und programmatischen Lücken jedoch blieben – bewusst – blockiert. Dazu kamen ausgeprägte personelle Schwächen. Der Führungswechsel nach dem ersten Abtritt von Gysi und Bisky Anfang des Jahrzehnts hatte nicht nur die politisch-programmatische Substanz in Frage gestellt, sondern zugleich offenbart, dass es in der Generation der damals End-Vierziger niemand gab, auf den oder die von selbst zugelaufen wären oder der bzw. die Kraft und Format gehabt hätten, die Partei hinter sich zu versammeln, der Gesellschaft ein Angebot zu machen und so die Zukunft aufzubrechen.

Das alles erklärt die Anfälligkeit der labil gewordenen PDS für die „große historische Chance“ der Fusion mit der WASG und gegenüber der Führungskraft von Oskar Lafontaine nur wenige Jahre später.

IV.

Für die Bildung der neuen Partei war jedoch etwas anderes ausschlaggebend: Geändert hatte sich das gesellschaftliche Umfeld. Nachdem die konservativ-liberalen Bundesregierungen unter Helmut Kohl in den 90er Jahren eine gebremste Anpassung des „Standortes Deutschland“ an die sich verändernden internationalen Wettbewerbsbedingungen mit einer engagierten Politik zur Forcierung der europäischen Integration verbunden hatten, setzte die neue rot-grüne Bundesregierung Schröder/Fischer vor allem in der zweiten Legislaturperiode auf eine forcierte Deregulierung im Inneren zur Anpassung an die Globalisierungsprozesse. Nach außen trat der Einsatz für die Weiterführung der europäischen Integration hinter das – auch militärische – Engagement in internationalen Konflikten außerhalb der EU zurück.

Insbesondere die Reformen am Arbeitsmarkt machten deutlich, welcher soziale Preis für die Anpassung an den Globalisierungsdruck fällig wurde. Durch die Einbeziehung der arbeitsfähigen Sozialhilfe-Empfänger in den Regelungsbereich des Arbeitslosengeldes II und damit auch in die Arbeitslosenstatistik wurde zudem deutlich, welches Ausmaß das Leben auf unterstem sozialem Niveau und die Erwerbslosigkeit in Deutschland tatsächlich hatte bzw. hat. Das setzte einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel in Gang.

An dessen Beginn gingen Zehntausende auf die Straßen – vor allem in Ostdeutschland. Die massiven Anti-Hartz-IV-Demonstrationen des Jahres 2004 waren bei weitem nicht nur getragen von tatsächlichen Modernisierungs- und Globalisierungsverlierern, sondern sehr stark von jenen, die für sich und ihnen nahe Stehende die Gefahr nahe rücken sahen. Vor allem waren es Männer im Alter zwischen 50 und 60 Jahren – die spätere Kernwählergruppe der Linkspartei. Die damalige PDS war von dem sozialen Aufbegehren ebenso überrollt worden wie die anderen demokratischen Parteien – und sie fürchtete genauso wie sie ein Abdriften des Protestes oder nur von Teilen des Potenzials in die rechtsextreme Ecke. DVU und NPD waren durchaus präsent und mussten in vielen lokalen Bündnissen mit Klugheit und Nachdruck isoliert werden. Die damalige PDS konnte es tun und Einfluss gewinnen, weil sie als Oppositionspartei nicht an der Entscheidung über die Hartz-Reformen beteiligt war bzw. als Regierungspartei in Schwerin und Berlin die Zustimmung Mecklenburg-Vorpommerns und Berlins verhindert hatte. Da sich aber der Zorn der Demonstranten gegen die SPD als die Hauptverantwortliche für die missliebige Reformpolitik richtete und mit einiger Wucht sowie hier und da auch gelegentlich auch unakzeptablen Mitteln artikuliert wurde, entstanden auch neue Verwerfungen zwischen SPD und PDS. Politische Annäherungsprozesse wurden teils um Jahre zurück geworfen.

Angesichts dieser Entwicklungen blieben andere Probleme eher unreflektiert. Zur Bilanz gehört aber, dass die Regierung Schröder nicht vermitteln konnte, ob und wenn ja welche Anstrengungen sie z. B. in der EU unternahm, um den wirtschaftlichen Globalisierungsprozessen sozialpolitisch etwas entgegen zu setzen. Im Gegenteil: Die EU wurde vor allem über die EU-Kommission wahrgenommen – und zwar vor allem durch die Liberalisierung von Märkten (Dienstleistungsrichtlinie) oder die Verhinderung staatlicher Subventionen und Mitgestaltung (wie in den Auseinandersetzungen um VW in Sachsen oder um das VW-Gesetz selbst).

Vor diesem Hintergrund gewinnt das Bild vom „Globalisierungsverlierer“ Bedeutung – jenes Verlierertyps, dessen Lebensraum und –perspektive vom Fortschritt abgekoppelt wird. Es ist das Menetekel der aus der Arbeiterbewegung hervor gegangenen Linken. Der Globalisierungsverlierer ist nicht das originäre Produkt einer sozialdemokratisch begleiteten wirtschaftlichen Globalisierung – die sozialdemokratische Begleitung hat jedoch deutlich gemacht, dass sie kein Mittel dagegen in der Tasche hat. Und das gilt nicht nur für Anpassungsvariante eines „Dritten Weges“ à la Blair und Schröder. Auch der Rückgriff auf die traditionelle, aber eben an den Nationalstaat gebundene Umverteilungsmuster erwies sich als nicht zugkräftig. Der Versuch, die Anpassungsstrategien durch verstärkte Akzente bei vormals vermeintlich „weichen“ Faktoren wie Bildung und durch die Idee eines vorsorgenden Sozialstaats zu modifizieren, blieb in der deutschen Sozialdemokratie Mitte des Jahrzehnts erst einmal stecken. Gerade die SPD hat seit der Ära Schröder immer wieder die Erfahrung gemacht: Egal, auf welche der drei Linien sie vorrangig setzte – der Zuspruch zu ihrer Politik ging dennoch zurück.

V.

Politisch erwuchs aus dieser Problemwahrnehmung zunächst das drängende Bedürfnis, die alte Idee eines funktionierenden Dreiecks Staat – sozialdemokratische Partei – Gewerkschaften/Tarifpartner wieder zu beleben, um den Auflösungserscheinungen entgegen zu wirken, wieder Stabilität zu gewinnen und von der sozialen Desintegration zu sozialer Integration zurückzukehren. Als Schlüsselproblem erschien dabei der vermeintliche Ausfall der Schröder-SPD. Die faktische Antwort zielte weniger darauf, diese SPD durch eine neue Partei zu ersetzen, als vielmehr den Druck auf sie auch auf der Ebene des Parteienwettbewerbs zu verstärken und so perspektivisch eine deutliche Neu-Justierung von Reformpolitik möglich zu machen.

Dies war freilich keine Leistung, die die PDS vollbringen konnte. Die Partei war damit nicht nur strukturell überfordert, sondern ihr stand auch ihre eigene Stigmatisierung als SED-Nachfolgepartei, als Erbe des gescheiterten sozialistischen Gedankengutes und als Symbol alles Fremden an der Teilgesellschaft Ost im Wege.

Man konnte das Ziel aber auch nicht ohne oder gar gegen die PDS erreichen. Denn ohne deren Logistik, ohne deren Sockel an Wählerstimmen und auch ohne deren finanzielle Möglichkeiten wäre eine neue Partei nicht so schnell und nicht so wirksam zu schaffen gewesen.

So sahen sich die Akteure der PDS-WASG-Fusion veranlasst, faktisch auf eine Parteinuugründung zu setzen – und diese symbolisch sogar zu überhöhen.

Die damit verbundene Abgrenzung vom Traditionsballast der PDS kippte jedoch alsbald in eine Abgrenzung vom politisch-programmatischen Erfahrungsschatz und von der politisch-pragmatischen Substanz der PDS um und eskalierte gelegentlich in eine offene Ausgrenzung dieses Gedankengutes und ihrer Exponenten. Ausgerechnet der Parteiwechsler Lafontaine, der sich an die Spitze der neuen Partei gesetzt hatte, legte in der Gründungsphase mehr als einmal namentlich nicht genannten Exponenten des gemäßigten und pragmatischen Teils der PDS auch öffentlich nahe, sich doch eine andere Partei zu suchen. Der Berliner Landesverband und die Anhänger der dort Mitte des Jahrzehnts noch einzigen verbliebenen rot-roten Koalition wurden stigmatisiert, ihre durch die exorbitante Verschuldung der Stadt determi-

nierten Handlungsbedingungen ignoriert, die daraus folgenden Schritte denunziert; tatsächliche Erfolge blieben im Leben der Gesamtpartei weitgehend unbeachtet.

Auf der anderen Seite suchte die neu entstehende Partei eine Breite und Offenheit gegenüber Kräften am linken Rand der Gesellschaft, gegenüber linksradikalen Vereinigungen und Sekten, gegen die sich sowohl die SPD als auch die PDS bis dahin immer abgegrenzt hatten. In dem nunmehr geänderten Klima und angesichts des Zulaufes durch weit geöffnete Türen auf der linken Seite des Spektrums formierten sich für die neue Partei alsbald Strömungen wie die „Sozialistische Linke“ oder die „Antikapitalistische Linke“, die den Ritt ins Linksradikale forcierten und mittlerweile in den meisten westlichen Landesverbänden den Ton angeben (durchaus auch in Konkurrenz zueinander). Das freilich ist nicht zwingend und muss auch nicht ewig so bleiben – wie der beeindruckende Entwicklungsgang innerhalb der hessischen LINKEN in jenem Zeitraum zeigte, in dem es um ein rot-rot-grünes Regierungsmodell für dieses Bundesland ging. Nach dem Scheitern dieser Option standen allerdings diese realpolitischen Ansätze auch wieder in Frage.

Auf der anderen Seite hatten sich bereits in der Endphase der PDS die dort bestehenden reformorientierten Kräfte zusammengeschlossen – das Netzwerk Reformlinke und das Forum Zweite Erneuerung verschmolzen zum „forum demokratischer sozialismus“ (fds). Dieses Forum hatte sich mit der Parteeineubildung die Aufgabe gestellt, die reformpolitische und kulturelle Substanz der PDS, ihre programmatische Orientierung auf einen demokratischen Sozialismus und ihre umfassend kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte in der neuen Partei zu bewahren und zur Geltung zu bringen.

Das kollidierte natürlich mit dem Gründungsansatz der neuen LINKEN als „Überwindung“ der PDS. Viele von denen, die im Westen in Abgrenzung zur Schröder-SPD in die Opposition aufgebrochen waren (und erst recht für jene, die schon immer zum links-orthodoxen bis – radikalen Spektrum gehört hatten), empfanden daher das forum demokratischer sozialismus von Anfang an als Symbol für all das, was an der PDS als „sozialdemokratisch“, „rechts“, „neoliberal“ etc. gegolten hatte – aber auch für den reflexiven, ungebrochener linker Tradition hinderlichen Bezug der PDS auf die Wende- und Umbrucherfahrung von 1989/90.

Dieses Abdriften in die Randständigkeit wiederum führte dazu, dass sich die Basis auch in den mehrheitlich realpolitisch orientierten Landesverbänden im Osten vor die Frage gestellt sah, warum das, was ihre politische Identität ausmachte (und wiederum über die Fixierung auf 1989/90 hinaus reichte) und was von ihren gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten vertreten wurde, auf eine parteiinterne Strömung reduziert werden sollte. Das ist die eigentliche Wurzel für die strukturelle Schwäche des fds.

VI.

Die Verschiebung der innerparteilichen Kräfteverhältnisse und programmatischen Prioritäten hatte jedoch auch einen europäischen Kontext. In der Europäischen Linkspartei und in der Links-Grünen Fraktion im Europäischen Parlament traf die PDS/LINKE zwar auch auf eher moderne grün orientierte Parteien aus Skandinavien oder auf radikal reformierte ehemals kommunistische Parteien, zugleich aber auch auf Parteien, die eher eher spät- als postkommunistisch ausgerichtet waren – so etwa auf die anfangs tonangebenden italienischen oder französischen Kommunisten. (Interessanter Weise sind gerade diese Parteien mittlerweile in ihren Ländern weitgehend marginalisiert bzw. nahezu zerfallen.) So pragmatisch viele der befreundeten Parteien in ihren Ländern – bis hin zu Regierungsbeteiligungen arbeiten mochten, so sehr folgten sie doch beim Blick über die nationalen Grenzen hinaus einer Reduzierung der Europäischen Union auf eine „Europa der Banken und der Konzerne“, auf ein militarisiertes Europa. Die europäische Idee, die Dimension Europas als eines Projekts der Völkerverständigung und die Bedeutung der EU als demokratisches, freiheitliches und soziales Kraftzentrum in der globalisierten Welt blieben auf der Strecke.

Anfang bis Mitte des Jahrzehnts beförderte dieser europäische Kontext, der auch Entsprechungen in der PDS der 90er Jahre hatte, einen der entscheidenden Fehler der Reformkräfte in der PDS, später auch der LINKEN. Man gab die Europapolitik wie auch das Gesamtthema EU als Gegenstand zentralen politischen Interesses auf und überließ es weitgehend jenen in der eigenen Partei, die den in der Europäischen Linkspartei dominierenden Sichten ohnehin nahe standen.

Die entscheidende Weichenstellung erfolgte im Zusammenhang mit dem Potsdamer Bundesparteitag der PDS Ende Oktober 2004. Hier sollte vor allem die strategische Debatte der letzten Jahre samt den grundsätzlichen Schlussfolgerungen aus der Wahlniederlage abgebunden und auf eine breite Basis gestellt werden. Als Preis dafür galt die Bereitschaft, den zweiten politischen Hauptantrag zu tolerieren, der die Partei auf die Ablehnung des damals in Rede stehenden Entwurfs für eine Europäische Verfassung festlegte. Von da an hatte die PDS, später die LINKE, nicht nur das Problem, dass zwar allerlei Gutes für Europa verkündete, aber nicht verständlich machen konnte, warum sie Teile davon und Schritte dorthin ablehnte. Sie konnte nicht vermitteln, wie sie ihre Ziele im wirklichen Leben umsetzen würde. Und sie konnte vor allem nicht erklären, wie sie die EU zur Gestaltung von Globalisierungsprozessen nutzen wollte. Stattdessen übte sich die Partei zunehmend in fundamentaler Kritik und Ablehnung der EU, so wie sie war und so, wie sie arbeitete. Zugleich wurde diese einseitig-kritische Sicht zum Mittel der innerparteilichen Disziplinierung von pragmatischen Bestrebungen – so etwa gegenüber den Landesregierungen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bei der Bundesratsentscheidung über den Verfassungsvertrag, später dann gegenüber dem Berliner Senat bei der Entscheidung über den Lissabon-Vertrag.

Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Höhepunkt mit dem LINKEN-Bundesparteitag im Februar 2009 in Essen.

Der Kongress verabschiedete einerseits das Europa-Wahlprogramm. Darin wurde die EU als „neoliberales“ Projekt und als militaristisches, menschenfeindliches Monstrum gefasst. Zugleich warf man ihr vor, ungeeignet für die Bewältigung der derzeitigen Wirtschafts- und Währungskrise zu sein. In der Öffentlichkeit wurde dies überwiegend als ein anti-europäisches Signal verstanden – und angesichts der realen Beschlusslage gelang es auch nicht, diese Botschaft in den Monaten bis zur Wahl wegzureden. Dies war um so problematischer, als die Mehrheit der Deutschen – wie auch der Anhängerinnen und Anhänger der Linkspartei – bei einem Volksentscheid durchaus für den Lissabon-Vertrag gestimmt hätte.

Zugleich wählten die Delegierten die Kandidatinnen und Kandidaten für das neue EU-Parlament. Dabei fielen zwei der Profiliertesten durch: Sylvia-Yvonne Kaufmann, die im Verfassungskonvent mitgewirkt hatte, und André Brie, der sich als Afghanistan-Beauftragter des EP und mit zahlreichen erfolgreichen Einzelinitiativen wie etwa zur Reduzierung der Roaming-Gebühren für Handy-Telefonate einen Namen gemacht hatte. Die Reformer hatte sich in beiden Fällen nicht nur nicht durchsetzen können, sondern zu Teilen auch nicht durchsetzen wollen. Die Folgen waren in zweierlei Hinsicht dramatisch. Auf der einen Seite verstärkten sie das anti-europäische Signal. Auf der anderen Seite symbolisierten sie den Verfall der Reformer. Sowohl Kaufmann als auch Brie zählten zu den Gründungsgestalten der PDS, sie hatten über Jahre die öffentliche Wahrnehmung der PDS geprägt und waren für viele, die jemals die PDS gewählt hatten, positive Identifikationsfiguren. Der Übertritt von Sylvia-Yvonne Kaufmann zur SPD gab dem eine zusätzliche Dynamik.

Essen war also nicht nur im engeren Sinne europapolitisch für die bevorstehende Wahl kontraproduktiv, sondern lieferte auch einen beunruhigenden Befund über den Zustand der Partei und über ihre Politikfähigkeit. Damit trat eine schon länger schwelende Krise der Partei in eine neue Phase ein. Die LINKE hatte seit der Bundestagswahl 2005 einen beständigen politischen Aufschwung erlebt. Ihr bundesweiten Umfragewerte stiegen deutlich in den zweifeligen Bereich – im Westen solide über die fünf Prozent und im Osten war sie über Monate stärkste Partei. Untermuert wurde dieser Aufwärtstrend durch den Einzug in mehrere westdeutsche Landesparlamente und durch das über Monate in Hessen zum Greifen nahe rot-

grün-rote Regierungsmodell. Die Partei erschien als tatsächliche „Wahlalternative“, als eine Partei, die die anderen mit Themen und Inhalten trieb, als Partei mit machtpolitischer Option und mit Durchsetzungskraft auch aus der Opposition heraus.

VII.

Leichte Erosionserscheinungen zeigten sich bereits ab Sommer 2008. Doch mit dem offenen Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise kehrte sich der Trend in den Umfragen um. Dafür gab es im Wesentlichen vier Gründe:

Sie lagen erstens auf symbolischer, personeller Ebene. Als bestimmende Führungsfigur war seit 2005 für viele vor allem Oskar Lafontaine erlebbar – während die ostdeutschen Identifikationsfiguren Gregor Gysi und Lothar Bisky nur noch in dessen Schatten und als dessen Gefolgsleute zu agieren schienen. Die dumpfe Ahnung, dass es um die Symbolfiguren der früheren PDS und damit um den durchaus akzeptierten und populären pragmatischen Kurs in der LINKEN schlecht bestellt war, wurde durch die Abwahl von Kaufmann und Brie dann zur Gewissheit. Weitere Austritte von Parteiprominenten bestätigten das Bild.

Die zweite Ebene war stärker inhaltlich bestimmt: Von der „neuen sozialen Idee“, die die LINKE 2005 auf allen Wahlplakaten versprochen hatte, war nichts zu spüren. Stattdessen verstärkte sich mehr und mehr die Einschätzung, dass die Partei sich auf traditionalistische Konzepte festlegte, die an der Bundesrepublik der 70er Jahre orientiert waren. Und das noch nicht einmal an der Regierungspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt, sondern an der gewerkschaftlichen und SPD-internen Kritik daran.

Drittens wurde deutlich, dass die LINKE nicht einmal eine machtpolitische Option auf nationalstaatlicher Ebene hatte. Mehr noch: Dass sie das entscheidende Hindernis für eine machtpolitische Alternative zum erstarkenden bürgerlichen Bündnis aus Union und FDP war. Die explosive Mischung aus sich verhärtenden persönlichen Feindschaften, programmatischen Konflikten, der durch das Hessen-Desaster vertieften Spaltung innerhalb der SPD im Verhältnis zur LINKEN und der umstrittenen programmatischen und strategischen Orientierung der LINKEN machte es selbst für jahrelange Befürworter einer rot-rot-grünen Option auf Bundesebene schwer bis unmöglich, sich dafür mit Blick auf 2009 einzusetzen. Den Schaden erleidet das gesamte rot-rot-grüne Spektrum.

Viertens wurde die LINKE von der weltweiten Krise auf dem falschen Bein erwischt. Es rächten sich das Fehlen einer programmatischen, vor allem einer tatsächlich politischen *strategischen* Debatte. Stattdessen operierte man auf der Basis optimaler Grundannahmen: Erstens – der Aufschwung der Partei wird sich bis ins Wahljahr 2009 verstetigen lassen. Zweitens – dies wird gelingen, weil der wirtschaftliche Aufschwung ebenfalls anhalten und die sozialen Umverteilungsideen und Forderungen nach öffentlichen Programmen aller Art plausibel erscheinen lassen wird. Die sich anbahnende Krise, so die dritte gelebte Grundannahme, werde sich in den USA austoben und bis zum Wahltermin den Weg über den Atlantik nicht schaffen.

Als die Krise dann doch kam, gab es ein böses Erwachen. Verstört sahen Teile der Basis und der Wählerschaft, vor allem im Osten, ihre Partei in einem wilden Überbietungslauf gegenüber der demokratischen Konkurrenz. Ebenso verstört blickten die Betroffenen darauf, wie die Partei, die angab, ihre Interessen zu vertreten, sich im Streit um Zahlen verlor, die bis zum Doppelten über dem lagen, was sie selbst im Monat erhielten. Und das in Zeiten, in denen die öffentlichen Kassen in einem Maße beanspruchten, dass der „kleine Mann“ die Gefahr einer großen Inflation zu fürchten begann.

Andere sahen die Zeit gekommen, die „Systemfrage“ auch praktisch zu stellen und die Menschen zum Mittun aufzufordern. Doch die Krise trieb der LINKEN die Wählerinnen und Wähler eben nicht in Scharen zu. Die Menschen waren der sozialen Folgen der Krise wegen in Unruhe – aber nicht bereit, der LINKEN zu Gefallen „soziale Unruhen“ anzuzetteln.

Die Beunruhigung an der Basis darüber konnte von der Strömungs-Architektur nicht mehr aufgegriffen werden. Zwischen Europa-Wahl und Bundeswahlparteitag Ende Juni 2009 formierte sich angesichts dessen aus der Mitte des Landesverbandes Brandenburg heraus eine Initiative, die die Gesamtpartei über Änderungsanträge zum Bundeswahlprogramm zu einem Signal des Innehaltens und der Ernüchterung bei zentralen wirtschaft- und sozialpolitischen Forderungen (Mindestlohn, Hartz-IV-Regelsatz und Umfang der Konjunkturprogramme) veranlassen wollte. Das fand bei den Themen Mindestlohn und Hartz IV Niederschlag im Bundeswahlprogramm. Die Frage, wie die Partei es künftig und grundsätzlich mit Pragmatismus und/oder Radikalismus halten sollte, wurde auf die Debatte zum Grundsatzprogramm vertagt. Und die beginnt im Herbst, nach der Bundestagswahl.

VIII.

Schon bald, an den Wahlabenden Ende August und Ende September 2009, wird man wissen, was die Wählerinnen und Wähler zu all dem zu sagen haben. Wie, für wen bzw. gegen wen werden sich jene entscheiden, die Globalisierungsverlierer sind oder die befürchten, es zu werden?

Ein klar erkennbare, komplexe und konzeptionell strukturierte Antwort werden sie im Spektrum diesseits der Union, wie es Willy Brandt einst formulierte, nicht finden. Aber wie könnte eine solche Antwort aussehen?

Natürlich geht es zunächst um Rettungsmaßnahmen gegenüber der tiefen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. So oder so: Die Regierenden haben für´s erste die Lehren aus der Entwicklung von 1929 ff. gezogen und die größten damals gemachten Fehler nicht wiederholt. Jetzt gilt es, aufmerksam und präzise, mit Courage und Augenmaß darauf zu achten, wo nachgesteuert und nachgelegt werden muss. Nicht die Höhe der neu aufzulegenden Programme ist entscheidend, sondern die Frage, was an öffentlich zu finanzierenden Mitteln wann, in welchem Umfang und zu welchem Zweck aufgebracht und eingesetzt wird. Nicht blinder Rettungs-Aktionismus, sondern zukunftsweisende Interventionen und Innovationen mit absehbarer Wirkung sind gefragt.

Für die modernen westlichen Gesellschaften und Ökonomien bedeutet das, Fortschritt räumlich wieder stärker anzubinden. Das gelingt nicht, indem man ihn aus der globalen Welt in die westliche Heimatwelt zurückholt – sondern es braucht dafür einen neuen, eigenständigen Entwicklungspfad. Die Idee des *Green New Deal* weist dafür die Richtung. Programmatisch sind dem die europäischen Grünen am nächsten; auf der pragmatischen Ebene darf man auf die neue US-Administration unter Barack Obama hier die größten Hoffnungen setzen. Anders herum formuliert: Die aus der Arbeiterbewegung hervor gegangenen Sozialdemokraten und Linkssozialisten Europas müssen sich dieser doppelten Herausforderung stellen und ihr Traditionsgut entsprechend adaptieren.

In der Diktion der alten PDS würde das heißen: den sozial-ökologischen Umbau jetzt pragmatisch und bündnisfähig anpacken. Oder – in der Ankündigungssprache der neuen LINKEN gefasst – würde das bedeuten, den Green New Deal mit einer tatsächlich neuen sozialen Idee zu verknüpfen. Im Kern verlangt das den Abschied von der schönen alten Prämisse lebenslang ungebrochener Erwerbsbiografien hin zum Verständnis einer in mehreren Zyklen ablaufenden Erwerbsbiografie. Im Zentrum stünde dann nicht allein die Frage, wie ein Absturz aus der Erwerbsbiografie gelindert werden kann, sondern wie nach dem Absturz der Wiedereinstieg bzw. Wiederaufstieg organisiert werden kann. Die LINKE hat recht, wenn sie mit ihrer Kritik an Hartz IV deutlich macht, dass eine Verstetigung des Absturzes nicht hingenommen werden darf. Doch nicht von ungefähr tauchte Mitte des Jahrzehnts sowohl in Teilen der ehemaligen PDS wie in Teilen der SPD die Idee vom „vorsorgenden Sozialstaat“ auf – von einem Sozialstaat, der die Menschen durch gute, moderne, lebenslange Bildung strategisch auf die durch Erwerbszyklen notwendige Neuorientierung vorbereitet und ihnen aktuell umfassend beim Neueinstieg wie Neuaufstieg zur Seite steht.

Strukturwandel und Anpassung des Sozialstaates reichen freilich nicht aus, wenn nicht auch das institutionelle Gefüge der Wirtschaft entsprechend modernisiert wird. Die in der LINKEN aufgebrachte, viel zu schnell wieder verengte und damit letztlich verworfene Idee einer Demokratisierung der Marktwirtschaft weist dabei durchaus in eine interessante Richtung. Wie anders wenn nicht durch Demokratisierung – also durch verbesserte Legitimations- und Kontrollinstanzen z. B. bei der Verwendung von finanziellen Überschüssen für Spekulationen oder Investitionen – soll also geregelt werden, dass Erträge wie die des Globalisierungsbooms der letzten Jahre nicht in Spekulationen, sondern in nachhaltige Investitionen fließen? Wie anders sollen Aufsicht, Kontrolle und Sanktionen gegen Finanzmarkt-Akteure durchgesetzt werden? Und schließlich: Was ist eigentlich in den Unternehmen selbst los? Was eigentlich beaufsichtigen die Aufsichtsräte? Wie, mit welcher Konsequenz, mit welchem Mandat, in welcher Zusammensetzung kommen sie ihrem Auftrag nach – der auch ein demokratischer Auftrag ist?

Schließlich muss das räumliche Auseinanderfallen von Lebensrisiken und Lebenschancen nicht nur global, sondern auch kleinteiliger bearbeitet werden. Es findet auch aus nationalstaatlicher und länderspezifischer Perspektive in Deutschland statt. Wenn es in Deutschland politisch bisher überhaupt erörtert wurde, dann unter dem Ost-West-Aspekt. Dabei wird gemeinhin übersehen, dass es – auf durchaus unterschiedlichem Niveau – zunehmend Parallelen zwischen ost- und westdeutschen Regionen gibt. Mitte des Jahrzehnts lag laut EU-Statistik erstmals eine westdeutsche Region – Lüneburg – beim BIP je Einwohner unter den besten ostdeutschen Regionen Dresden und Leipzig. In einigen westdeutschen Gebieten liegen die Arbeitslosenquoten bereits seit längerem ähnlich hoch wie im ostdeutschen Durchschnitt. Es geht also perspektivisch weniger um Ost und West, als um einen politischen Ansatz, der angesichts einer gespaltenen Entwicklungsdynamik Bestand hat, die vom regionalen bis zum örtlichen Rahmen sehr spezifische Entwicklungsstrategien erfordert. Die herkömmlichen politischen Instrumente und Institutionen sind dem nicht gewachsen. Dafür muss geklärt werden, ob Regionen vor allem passive Empfänger/Bezieher ausgewogener politischer Leistungen und Zuwendungen sein oder ob sie dabei auch eine eigenständige, aktive Rolle bei der Bestimmung und Entwicklung ihrer eigenen Stärken, bei der Artikulation ihrer Interessen spielen können und sollen. Die bisherigen Schritte zur Reform des deutschen Föderalismus haben vor diesem Hintergrund eher das Thema verfehlt oder – so weit Ideen des „Wettbewerbsföderalismus“ oder Konstrukte wie die „Schuldenbremse“ zum Durchbruch kamen – der Sache mehr geschadet als genutzt. Hier ist ein deutlicher Ausfallschritt nach vorn nötig.

IX.

Die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Linke hat einen programmatischen und strategischen Nachholbedarf, der zumindest in Deutschland bis zur Bundestagswahl nicht aufgeholt sein wird. Die Spielfelder, auf denen die Linke, nicht allein DIE LINKE, Kontur und Profil gewinnen könnte, sind sehr wohl erkennbar. Allerdings: Noch werden sie nicht betreten – und wenn, dann bestenfalls von einzelnen Akteuren und eher zufällig. Und sie werden viel zu schnell wieder verlassen, ehe ein potenzieller Mitspieler auftaucht. Das aber wird sich ändern müssen, wenn die Linke in Deutschland nicht im Strudel der Überforderung und der ewigen Gewissheiten versinken will.